

SPD 2009 – Bereit für den neuen Fortschritt?

von Reinhold Rünker



Fotos: DL21, Archiv

» Das internationale kapitalistische System steht auf dem Prüfstand: ökonomisch, sozial, kulturell und letztlich hegemonial. Der Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus und als dessen Resultat die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich zur tiefsten Rezession der letzten achtzig Jahre ausgeweitet. Und vergessen wir nicht: Die ökologische Uhr zeigt für viele ExpertInnen schon lange nach zwölf. Gleichzeitig erleben wir den ungebremsen Hunger von Millionen Menschen in den aufstrebenden Regionen dieser Welt nach dem ihnen zustehenden Anteil an der weltweiten Reichtumsproduktion. Schließlich: Die Menschen in den vielen Krisenregionen dieser Welt, den ökonomisch und sozial abgehängten Regionen, deren Ruf nach einem menschenwürdigen Leben im allgemeinen medialen und politischen Gewitter unserer Wohlstandsgesellschaften untergeht.

Wir erleben derzeit eine weitere Phase des kapitalistischen Transformationsprozesses. Eine neue Epoche kapitalistischer Regulation steht bevor – nicht jedoch der Zusammenbruch des Kapitalismus

als solchem. Mit der Krise des internationalen Casino-Kapitalismus sind auch dessen ideologischen Deutungs- und Mobilisierungskonzepte – etwa der Neoliberalismus, der Shareholder-Value, das „Privat-vor-Staat“ – in der Krise. Die Zeichen stehen auf Veränderung. Aber ob daraus Stimmen für eine sozialdemokratische und linke Politik werden, hängt eben auch davon ab, ob wir in der Lage sind, die Menschen zu überzeugen. Es kommt deshalb auch darauf an, dass die gesellschaftliche Linke nun neue Interpretationsmuster entwickelt, die ökonomisch sowie kulturell untermauert und tragfähig sind.

Vor diesem Hintergrund wirbt die Sozialdemokratie für einen neuen Fortschritt, für den Aufbruch in ein neues sozialdemokratisches Jahrzehnt. Das ist gut so, das ist richtig. Das erfordert aber auch eine glaubwürdige Ausrichtung der Programmatik und des politischen Handelns. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut. Die Sozialdemokratie ist gefordert, den längst überfälligen Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus hin zu einer neuen nach-

haltigen Weltwirtschaftsordnung konzeptionell zu entwickeln und politisch ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Themen wie Wirtschaftsdemokratie, der soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, die Regulation des Finanzmarktkapitalismus sowie Industrie- und Wirtschaftssteuerung sind neu zu stellen. Wir müssen weg von der ausschließlichen Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Wir müssen die eigenen ökonomischen Potenziale im Binnenmarkt entwickeln. Statt eines neoliberalen „weiter so“ müssen die fortschrittlichen Kräfte den Primat der Menschen über den ungezügelten Markt stellen. Das ist die Richtungsentscheidung am Beginn des Wahljahres 2009:

□ Der neue Fortschritt erfordert einen handlungsfähigen Staat

» Der neue Fortschritt erfordert die Verfügung über öffentliche Güter: Wir wissen, dass Märkte der gesellschaftlichen Regulierung – national, wie international – bedürfen. Auch sozialdemokratische Politik hat in den zurückliegenden Jahren vielfältige Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Dienstleistungen gemacht. Nicht alle Entscheidungen waren richtig, viele waren auch der ökonomischen Not geschuldet. Heute wissen wir: Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss die Verfügung über öffentliche Güter für alle sicherstellen. Und er darf nicht davor zurückschrecken, dort neu gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, wo privatwirtschaftliches Handeln offenkundig versagt. Öffentliche Aufgaben müssen in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden – effizient und im Sinne der Gemeinschaft. Es ist deshalb notwendig, auf die Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu verzichten – zugunsten eines öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der eine echte Alternative zum Individualverkehr mit Auto oder Flugzeug darstellt.

Wir brauchen den staatlichen Zugriff auf die Energienetze, wenn die Energiewende Realität werden soll. Die aktuelle Finanzkrise zeigt zudem, dass wir einen öffentlichen Finanzsektor brauchen,

der eben nicht ausschließlich nach Renditegesichtspunkten handelt, sondern den gesamten ökonomischen Sektor, die regionalen und branchenspezifischen Bedürfnisse im Blick hat. Ein Staat ist in dem Maße handlungsfähig, wie er mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Notwendig sind ein gesellschaftlicher Lastenausgleich sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine Schuldenbremse ist ökonomisch unsinnig und politisch gefährlich. Sie könnte das Ende jeder antizyklischen Wirtschaftspolitik bedeuten. Als SPD-Linke plädieren wir seit langer Zeit für einen „atmenden Haushalt“. Das wäre ein sozialdemokratisches Projekt, mit dem Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik wiedergewonnen werden kann.

Wir brauchen Handlungsfähigkeit im internationalen Maßstab. In der internationalen Finanzarchitektur ist die neoliberale Dominanz ungebrochen. Die Besetzungspolitik für diese Gremien kann nur durch die Demokratisierung der internationalen Strukturen verändert werden. Dazu ist es auch notwendig, die „Internationale der Beratungsgesellschaften“ zu brechen. Notwendig ist dafür eine erneuerte soziale europäische Union.

□ Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte

» Wir brauchen eine dritte industrielle ökologische Revolution. Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte. Wir gestalten die ökologische und soziale Dimension unserer Industriegesellschaft nachhaltig: Der Staat setzt als Pionier den Rahmen für neues Wachstum, indem er gezielt Innovationen für die Leitmärkte der Zukunft fördert, um die ökologische Krise zu überwinden und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist der Maßstab des neuen Fortschritts nicht allein die quantitative Vermehrung von Werten, sondern ihr qualitativer Nutzen für die Gemeinschaft. Der neue Fortschritt setzt auf qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen, er steht im Gegensatz zur Abwärtsspirale aus Niedriglohn und prekärer Beschäftigung. Er steht für gute Arbeit und

angemessene Entlohnung. Auch für die Beschäftigung im öffentlichen Sektor sollen Spielräume geschaffen werden – für mehr hochwertige Dienstleistungen, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet. Dazu brauchen wir eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Fachkräfte, um frühzeitig auf die Gefahren, im Bildungssystem zu scheitern, reagieren zu können. Die geschaffenen Werte müssen neu umverteilt werden! Die Schere zwischen „arm“ und „reich“ ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen. Die gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auch Voraussetzung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sowie für die persönliche Bereitschaft, durch eigenes Engagement in Bildung und Weiterbildung an der Produktion künftigen Reichtums mitzuwirken. Durch die Weiterentwicklung unseres Sozialstaats, etwa mit der Arbeitsversicherung oder der Bürgerversicherung, wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Kultur der Sicherheit schaffen, in der sich die unterschiedlichen Persönlichkeiten entfalten können.

□ Der neue Fortschritt wagt Demokratie

Der neue Fortschritt lebt von überzeugten Demokratinnen und Demokraten, die in ihrer Freizeit am Gemeinwohl mitwirken. Die solidarische Bürgergesellschaft beteiligt die Menschen an der Lösung der sie betreffenden Probleme. Deshalb wollen wir eine neue Politik der Mitgestaltung, der Mitwirkung im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag: in den Betrieben und dem Lebensumfeld der Menschen, in den Quartieren und Bildungseinrichtungen und auf der Ebene der Kommunalpolitik. Der neue Fortschritt braucht die Lebendigkeit der Demokratie, die Reibung, aus der Neues entsteht, die Veränderung zum Besseren. Wir müssen wieder lernen, dass die Kontroverse,

der inhaltliche Streit Wesensmerkmal der Demokratie ist: „Durchregieren“ und der Vollzug von „Sachzwängen“ sind der Demokratie nicht nur wesensfremd, sondern zerstören auch jede Gemeinschaft. Eine demokratische Gesellschaft muss gleichwohl entscheidungsfähig sein. Eine Regierung muss für eigene Positionen werben, muss sie gesellschaftlich legitimieren und darf dies nicht durch den abstrakten Verweis auf „überdemokratische“ Zwänge delegieren. Erfolgreiches Regieren ist nicht die medial begleitete Exekution einer Entscheidung gegen alle Widerstände, sondern das Erreichen der Akzeptanz einer Entscheidung bei der Mehrheit der Menschen, die mit den Konsequenzen dieser Entscheidungen leben müssen. Regieren im neuen Zeitalter muss heißen, eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung zuzulassen und zu befördern. Die BürgerInnen müssen ihre bequemen Sessel verlassen. „Die Politik“ muss bereit sein, Foren zu bieten, sie muss eigene Positionen und Alternativen deutlich machen. Parteien müssen den Mut haben, sich zu unterscheiden – ohne dabei die notwendige Moderationsfähigkeit zu verlieren, die in künftigen Mehrparteien-Regierungen notwendig ist. Die „Öffentlichkeit“ muss sich der Mühe unterziehen, zwischen den unterschiedlichen Akteuren und ihren Interessen und Funktionen zu unterscheiden.

□ Probleme einer neuen hegemonialen Strategie

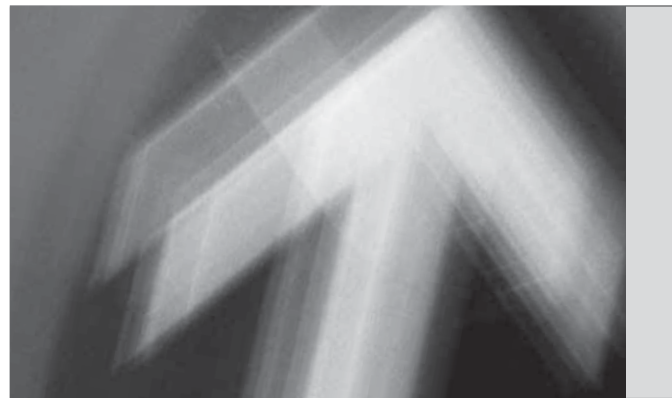
Das wird ein Lernprozess sein, in dem auch deutlich wird, dass Demokratie ebenfalls in der vermachteten und privat dominierten Medienlandschaft auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Wer seine politische Kommunikation v.a. darauf konzentriert, BamS, Bild und Glotze zu gefallen, befördert zweifellos die Rückkehr des Menschen in eine selbstgenügsame Unmündigkeit. Eine solche Politik mochte in den 1990er Jahren punktuell funktioniert haben, heute ist sie geradezu reaktionär. Das gilt aber ebenso für das dunkelhafte Geschwurbel, das manche Elitebeflissene an den Tag legen. Ein hegemoniales Konzept der Linken muss am Alltagsbewusstsein, der Alltags-

erfahrung und der täglich erfahrbaren Gestaltungs-(ohn)macht der Menschen anknüpfen. Insoweit brauchen wir auch ein erneuertes Verständnis der politischen Akteure jenseits des politischen Technokraten einerseits oder des populistischen Volkstribuns andererseits. WählerInnen messen Politik am Handeln – ganz konkret, sei es vor Ort in der Kommunalpolitik, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Sie messen es nicht nur an dem, was versprochen, sondern auch daran, was politisch durchgesetzt wird. Sie erwarten eine Perspektive, die ihre vielfältigen Lebensentwürfe sichert, ihre Zukunftsaussichten verbessert. Sie tun dies aber nicht abstrakt, sondern wollen dies mit Personen verbinden, die mit ihrer Leidenschaft, ihrer Kompetenz die Möglichkeit symbolisieren, ihre Erwartungshaltungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Davon ist die gesellschaftliche Linke derzeit parteiübergreifend noch weit entfernt. Im Wahljahr 2009 muss aber deutlich werden, dass es um Richtungsentscheidungen geht – und wer dabei auf welcher Seite steht. Zudem gilt zu beachten, dass eine hegemoniale Struktur nicht allein durch Medien und Parteien formiert wird, sondern es eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Gruppen gibt, die zu der Entwicklung eines neuen hegemonialen Bündnisses beitragen, sich dazu verhalten: z.B. die gesellschaftlichen Großgruppen wie Kirchen, Sozialverbände und Gewerkschaften, die alle noch immer über mehr Mitglieder verfügen als die Parteien selbst. Für eine alternative Hegemonie sind außerdem die wenig strukturierten, gesellschaftskritischen Gruppen von Bedeutung, die punktuell unter dem Sammelbegriff „attac“ Aufmerksamkeit erregen.

Die Parteien der gesellschaftlichen Linken haben hier unterschiedliche Zugänge, zum Teil aber haben sie diese auch verloren. Im Zuge der in den kommenden Monaten fortschreitenden hegemonialen Auseinandersetzungen – forciert durch die stärker auf die Lebensrealität der Menschen durchschlagende ökonomische und soziale Krise – müssen diese Zugänge wieder geöffnet oder neu geschaffen werden. Finden sich noch ausreichend gesellschaftliche Gruppen und Klassenfraktionen, ökonomische und politische Eliten, die ein alternatives hegemoniales Bündnis schmieden können? Wird es ein hegemoniales Gegenkonzept geben, das wahlpolitisch überzeugt und auch die widerständigen Gruppen politisch gestaltungsfähig macht? Diese Fragen lassen sich mit Blick auf den Wahltermin am 27.09.2009 wohl noch nicht positiv beantworten. Wichtig ist aber, sie für kommende Auseinandersetzungen über den Wahltag hinaus zu bearbeiten.

mische und politische Eliten, die ein alternatives hegemoniales Bündnis schmieden können? Wird es ein hegemoniales Gegenkonzept geben, das wahlpolitisch überzeugt und auch die widerständigen Gruppen politisch gestaltungsfähig macht? Diese Fragen lassen sich mit Blick auf den Wahltermin am 27.09.2009 wohl noch nicht positiv beantworten. Wichtig ist aber, sie für kommende Auseinandersetzungen über den Wahltag hinaus zu bearbeiten.



Fotos: www.photocase.de; © visuelworks

» Der Maßstab, an dem sich die Sozialdemokratie in diesem Wahljahr messen lassen muss, ist der, ob sie glaubwürdig ihre neoliberal beeinflusste Phase überwindet und programmatisch wie kommunikativ das neue sozialdemokratische Jahrzehnt, den neuen Fortschritt formuliert. Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, dass sie nicht (mehr) Teil des neoliberalen Problems ist, sondern Teil der Lösung sein will. Dann wird sie die Möglichkeit haben, nach dem 27. September 2009 eine gestaltende Funktion einzunehmen. Ansonsten droht sie zwischen einem konservativ-liberalen Block einerseits und einem schlimmstenfalls retro-linken Block andererseits zerrieben zu werden. Die Formierung eines neuen Fortschrittsblocks würde damit aber auf lange Zeit zur Illusion werden. ■

☞ Reinhold Rünker, Bankkaufmann und Historiker, arbeitet als freiberuflicher Organisationsberater und ist Geschäftsführer des Forum DL21 e.V., er lebt in Leichlingen.